



**Liebe Leserinnen und Leser,**

hier ein Überblick der wichtigsten Themen und Positionen der SPD-Fraktion der 10. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Für weitergehende Informationen rufen Sie mich gerne an oder senden Sie mir Ihre Fragen und Anmerkungen per Mail an [k.wagner-bockey@spd.ltsh.de](mailto:k.wagner-bockey@spd.ltsh.de)

Herzlichst, Ihre

Kathrin Wagner-Bockey MdL

## **Änderung des Transplantationsgesetzes**

2017 befand sich bundesweit die Zahl der Organspenden auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Nur knapp 800 Organe wurden entnommen, wobei allein in Schleswig-Holstein mehr als 400 Menschen auf eine Spende warten. Um diesem Trend entgegenzuwirken,

befürworten wir als SPD strukturelle Reformen. Dies soll zukünftig durch gezielte Weiterbildungen gefördert werden. Zusätzlich müssen die Beauftragten, die vielen Tätigkeiten nachkommen müssen, für diese besondere Aufgabe freigestellt werden. Der Entwurf wurde dem Sozialausschuss übermittelt.

## **Einbürgerungskampagne starten**

Viele Ausländer leben seit Jahren in Schleswig-Holstein. Sie sprechen sehr gut Deutsch und bestreiten ihren Lebensunterhalt selber. Wer so gut integriert ist, soll auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Daher hat sich die SPD klar zu dem Vorhaben bekannt, diese Zielgruppe besser über die Einbürgerung zu informieren. Als gutes Beispiel nannte Serpil Midyatli die erfolgreiche Kampagne Hamburgs (SPD/Grüne) in diesem Bereich. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die meist besonders gut integriert sind, würden von der Kampagne profitieren. (Wer die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen will, muss unter anderem mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben, gut deutsch sprechen und einen Einbürgerungstest bestehen. Die Einbürgerungsgebühr liegt nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge bei 255 Euro.)

Alle Fraktionen, bis auf die AfD, unterstützen den Vorstoß.

## **Medizinische Versorgung für Menschen ohne Papiere verbessern**

In Deutschland haben bundesweit rund 80.000 Menschen keine Absicherung bei Erkrankung. Dabei handelt es sich vor allem um Menschen ohne Aufenthaltsrecht, Obdachlose oder Zwangsprostituierte. Trotzdem müssen diese Menschen eine medizinische Versorgung erhalten. Zum einen aus humanitären Gründen, zum anderen um ansteckende Krankheiten zu bekämpfen. Die Küstenkoalition hat in diesem Bereich bereits wichtige Arbeit geleistet, unter anderem durch die Bereitstellung von 200.000 Euro. Jetzt müssen noch die hohen Verwaltungshürden angegangen werden, um effektiver und unbürokratischer mehr Menschen in akuter Not zu unterstützen.

## **Verpasste Chancen bei Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes**

Das Bundesteilhabegesetz ist der erste Schritt die Behindertenkonvention der UN umzusetzen und damit allen Menschen mit Behinderung mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Der entsprechende Gesetzentwurf zur Umsetzung des Teilhabegesetzes auf Landesebene fand eine Mehrheit im Plenum. Der Änderungsantrag der SPD wurde abgelehnt. Leider ist das Gesetz an wesentlichen Stellen nicht zufriedenstellend. Das Land muss unserer Meinung nach stärker in die Verantwortung genommen werden, um gleiche Standards zu schaffen. Die Qualität der Hilfeleistungen darf nicht abhängig vom Wohnort sein. Auch unser Vorschlag, Kreise und Kommunen rechtlich zu verpflichten einen Behindertenbeauftragten einzustellen, wurde nicht gehört.

## **Ehrenamt stärken**

Das Ehrenamt ist eines der wichtigsten Säulen unserer Zivilgesellschaft. In Schleswig-Holstein gehen über 40 Prozent einer gemeinnützigen Tätigkeit nach, darunter besonders viele Jugendliche. Dieses Engagement gilt es weiter zu fördern und „Bürokratiefallen“ abzubauen. Darauf zielt der Antrag der der SPD-Fraktion ab. Wer ein Ehrenamt ausübt, soll seinen Verdienstausschuss unkompliziert erstattet bekommen- auch rückwirkend. Der Antrag wurde dem Sozialausschuss überwiesen.